



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **2 0 - V - 3 4 - 0 0 0 2**
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) V

Ersatzbeschaffung Dienstfahrzeug in der Geschwindigkeitsüberwachung der Verkehrsüberwachung (Radarwagen)

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht		

Bestätigung Dezernent

Andreas Kowol
Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: 7.594.650 €
 in %: 18,8 %

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
x		2020	Beschaffung Fahrzeuge	140.000 €		140.000	I.04970.211 .100	842120	Beschaffung Fahrzeuge
X		2019	Vorläufige Deckung			140.000	I.04974.200	842200	Stat. Messanlagen
Summe einmalige Kosten:				140.000 €		140.000			

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

Die Deckung erfolgt nur vorläufig im Rahmen der Vorgaben des Sperrvermerkes bis zur Genehmigung und Aufnahme in den nächsten Quartalsbericht der Kämmerei.

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)

Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Das Straßenverkehrsamt beabsichtigt zur Erfüllung der verkehrspolizeilichen Aufgaben die Ersatzbeschaffung des 3. Radarwagens in der mobilen Geschwindigkeitsüberwachung.

Das zur Verfügung stehende Budget ist aktuell mit einem Sperrvermerk versehen. Dieser soll aufgehoben und das erforderliche Budget freigegeben werden.

Anlagen:

/

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 1.1. für verkehrspolizeilichen Aufgaben, insbesondere für die mobile Geschwindigkeitsüberwachung die Ersatzbeschaffung des dritten Radarwagens dringend erforderlich ist.
 - 1.2. die Kosten für das Messfahrzeug und den Messeinsatz rund 140.000 € betragen und das Budget im Beschaffungsbudget des Amtes 34 zur Verfügung steht.
2. Es wird beschlossen, dass
 - 2.1. unter Vorbehalt der Genehmigung des Haushaltes 2020, die mit Sperrvermerk zugesetzten Mittel für die Beschaffung von einem Radarwagen für die Erfüllung der verkehrspolizeilichen Aufgaben in Höhe von 140.000 € (Fahrzeug incl. eingebauter Geschwindigkeitsmesstechnik) Projekt I.04970.211.100 grundsätzlich genehmigt und freigegeben wird.
 - 2.2. Die haushaltstechnische Umsetzung erfolgt durch Dez. III/20 iVm. V/34.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Mit der Zunahme der Verkehrsteilnehmer und der Fahrzeugzulassungen sowie der Vielzahl von Straßen, auf denen die zulässige Höchstgeschwindigkeit nicht eingehalten wird sind Geschwindigkeitskontrollen durch die Kommunale Verkehrspolizei (KVP) unabdingbar.

Besonders Verkehrsräume rund um sensible Bereiche, Krankenhäuser, Altenheime, Schulen, Kitas und alternative Verkehrsarten wie Radverkehr, elektrounterstützte Zweiräder und Elektrokleinstfahrzeuge wie Tretroller sind zu schützen.

Mobile Geschwindigkeitskontrollen der KVP können für geringere Unfallraten und regelgerechteres Verkehrsverhalten von Auto- und Radfahrenden sorgen.

Hierfür setzt das Straßenverkehrsamt 3 Mobile Messsysteme ein, u.a. auch die Geschwindigkeitsmessanlage der Fa. Jenoptik. Hierbei handelt es sich um ein digital basiertes Messsystem.

Aufgrund der technischen Weiterentwicklung wurde eine neue Software zum Erfassen und Dokumentieren von Geschwindigkeitsverstößen entwickelt.

Aus diesem Grund wird für das bisherige Messsystem des zu ersetzenden Radarwagens „Mult Nova 6 F digital“ kein weiterer Support angeboten. Ohne den Nachweis des neuesten Updates erhält das System keine erforderliche Eichung und darf nicht mehr eingesetzt werden.

Um weiterhin 3 mobile Messsysteme zu betreiben, werden Mittel in Höhe von 140.000 € (Messfahrzeug 25.000 € und Messeinsatz 115.000 €) für die Ersatzbeschaffung des 3. Radarwagens benötigt.

Durch diese Sitzungsvorlage soll die KVP in die Lage versetzt werden, den gesetzlichen Pflichten nachkommen zu können.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

Nicht von diesem Vorhaben berührt.

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

Nicht von diesem Vorhaben berührt.

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt

/

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Die in der Sitzungsvorlage beschriebenen Maßnahmen der Stärkung der Kommunalen Verkehrspolizei sind alternativlos.

Wiesbaden, 26. Mai 2020

Andreas Kowol
Stadtrat